

Armut in Sachsen – Situation, Perspektiven, alternative Gegenkonzepte

Beschluss des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen am 14. und 15.7.2007

DIE LINKE Sachsen führt im IV. Quartal 2007 eine Kampagne zum Thema: „Armut in Sachsen – Situation, Perspektiven, alternative Gegenkonzepte“ durch.

Höhepunkt ist eine ganztägige Armutskonferenz am 27. Oktober in Borna.

Den Gliederungen der Partei wird empfohlen, in ihrem jeweiligen Territorien Bürgerforen und Informationsstände zum Thema durchzuführen und dabei vor allem auf die Armutslagen vor Ort einzugehen. Die Landtagsfraktion wird gebeten, den Landesverband bei der Erarbeitung von Materialien zu unterstützen und Referenten für Veranstaltungen zu stellen.

Insbesondere durch Hartz IV hat die Armut in Sachsen erheblich zugenommen. Armut trifft alle Generationen. Besonders dramatisch ist aber das Schicksal vieler Kinder und Jugendlicher, deren Perspektive und gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben wesentlich eingeschränkt sind. Zu den Benachteiligten gehören auch immer mehr Frauen und vor allem Alleinerziehende. Obwohl Altersarmut gegenwärtig in Sachsen noch keine Massenerscheinung ist, wird sie, wenn es nicht zu gravierenden politischen Veränderungen kommt, schon 2020 mindestens ein Viertel der Rentnerinnen und Rentner betreffen. Bei alledem gibt es bei der Armutsquote bereits gegenwärtig beträchtliche Unterschiede zwischen den sächsischen Regionen.

Mit der beabsichtigten Kampagne soll mehr Öffentlichkeit für das Problem Armut in Sachsen hergestellt und auf zu erwartende Trends aufmerksam gemacht werden. Dabei gilt es, den jüngst vorgelegten Sozialreport der sächsischen Staatsregierung nicht nur einzubeziehen, sondern kritisch zu bewerten. Das gilt vor allem für die Schlussfolgerungen, die die Regierung zieht.

Mit der Kampagne soll an die Erfahrungen im Kampf gegen Hartz IV und für einen gesetzlichen Mindestlohn angeknüpft werden, zumal beides nach wie vor aktuell ist. Eine solche über mehrere Monate andauernde Aktion könnte zugleich vor der sächsischen Öffentlichkeit den Beweis antreten, dass sich unsere neue Partei besonders für die Belange der Benachteiligten einsetzt und damit konsequent den Kurs von PDS und WASG fortsetzt. Das ist auch deshalb notwendig, weil unser erfolgreicher Vereinigungsprozess der letzten Monate nicht wenig Kraft gebunden hat.

f. d. Richtigkeit des Beschlusses

Rico Gebhardt

Landesgeschäftsführer
DIE LINKE. Sachsen